

Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen



Kundgebung anlässlich der Übergabe der gesammelten Unterschriften an die Kultusministerkonferenz

Über 20.000 Menschen haben bislang die Kampagne „Lernen für den Frieden“ unterschrieben. Darin heißt es:

Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüsse von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und LehrerInnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Donnerstag, 9. Oktober 2014 in Essen, 11:30 Uhr

Übergabe der Unterschriften an die Kultusministerkonferenz

Der Treffpunkt für die gemeinsame Übergabe ist vor dem Eingang der Zeche Zollverein, Gelsenkirchener Straße 181, Essen (Haltestelle Zollverein)

Donnerstag, 9. Oktober 2014 in Essen, 17:00 Uhr

Kundgebung „Lernen für den Frieden! Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“

Markt 2 / Porschekanzel, Essen, 5 Min. zu Fuß vom Hbf

Aufruf zur Kundgebung auf der Rückseite ►

Die Kampagne läuft bis zum 8. Mai 2015 weiter. Unterschriftenlisten können auf der Website ausgedruckt werden.

Träger der Kampagne:



www.lernenfuerdenfrieden.de

Aufruf zur Kundgebung: Lernen für den Frieden!

Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen

Am 9. Oktober werden den Verantwortlichen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik aus allen Bundesländern über 20.000 Unterschriften der Kampagne „Lernen für den Frieden – Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“ bei der Kultusministerkonferenz in Essen übergeben. Aus diesem Anlass findet am 9. Oktober eine Kundgebung für zivile Bildungseinrichtungen statt, die dem Frieden und dem Allgemeinwohl verpflichtet sind. Wir rufen alle auf, daran teilzunehmen.

Immer offensichtlicher wird 100 Jahre nach Beginn des Ersten und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges das Erfordernis einer aufgeklärten, zivilen und solidarischen Gesellschaftsentwicklung. Wirtschaftliches Vormachtstreben und die Erziehung zu preußischem Gehorsam und militaristischer Gesinnung haben zwei Weltkriege möglich gemacht. Heute sind daraus Lehren zu ziehen für eine aufgeweckte, wachsame und solidarische Geisteshaltung, um Kriegspropaganda und Nationalismus den Boden zu entziehen und Frieden und Völkerverständigung weltweit zu befördern.

Mit dem Versuch von Außenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundespräsident Gauck, „Verantwortung“ als Verpflichtung zur Kriegsführung umzudefinieren, sollen wirtschaftliche und geopolitische Interessen am Krieg kaschiert und die heute mehrheitlich kriegsablehnende Bevölkerung eingelullt werden. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien wird offen dargelegt, dass *„Deutschland (...) als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens“* bereit ist, für den *„freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen“* das *„gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente“* inklusive der Streitkräfte einzusetzen. Zur Legitimation dieser Kriegspolitik und um für den „Dienst an der Waffe“ zu werben, werden extra dafür ausgebildete Jugendoffiziere an Schulen und Hochschulen geschickt. Schon 16-Jährige durchlaufen Eignungstests. Das Verteidigungsministerium und die Rüstungsindustrie lassen durch Drittmittelkooperationen für das Geschäft mit dem Tod an den Hochschulen forschen.

Dagegen gibt es Widerstand: Die weltweite Realisierung von Ernährung und Gesundheit, Bildung, sozialer Verbesserung – und damit Frieden – ist eine zivile Aufgabe. Eine zukunftsorientierte Bildung zu Frieden und Völkerverständigung kann nur in einer Atmosphäre geschehen, in der Militär und Rüstung eine klare Absage erteilt und die zivile Lösung von Konflikten in den Mittelpunkt gestellt wird. Für die Erforschung und Aufklärung über Kriegs- und Friedensursachen sowie die Bildung mündiger und kritischer Persönlichkeiten haben gerade die Bildungseinrichtungen besondere Verantwortung.

Für dieses Erfordernis und diese Möglichkeit stehen die mittlerweile über 20.000 Unterzeichnenden der Kampagne „Lernen für den Frieden“ sowie die Studierenden-, Schüler- und Jugendverbände, Wissenschafts- und Friedensorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und sozialen Bewegungen, von denen die Kampagne getragen wird. 20 Hochschulen in der Republik haben Zivilklauseln, d. h. Selbstverpflichtungen auf zivile Zwecke, beschlossen. Die Kooperationsabkommen zwischen Schulministerien und Bundeswehr, mit denen den Jugendoffizieren in NRW und der Mehrzahl der Bundesländer die Türen zu den Klassenzimmern geöffnet wurden, stehen in der Kritik und werden zum Teil einer Revision unterzogen.

**Für eine strikt zivile Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft –
Kommt nach Essen und beteiligt Euch an den Aktivitäten!**

Es rufen auf: Koordinierungskreis der Kampagne „Lernen für den Frieden“, Essener Friedensforum

Kontakt: lernenfuerdenfrieden@yahoo.de, 0176 - 64 12 58 24

